

Sondervermögen für die Beschäftigten!

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Bundes und der kommunalen Arbeitgeber fanden im Frühjahr dieses Jahres einen erfolgreichen Abschluss. Trotz nicht verabschiedetem Bundeshaushalt und chronisch klammer Kassen auf kommunaler Ebene konnte eine Entgeltverbesserung für die Arbeitsleistenden erzielt werden.

Jörg Günther



Foto: GdP-SN

Nun stehen ab Ende des Jahres 2025 die Verhandlungen für die Beschäftigten der Länder an. Mit einmal 3 Prozent und einmal 2,8 Prozent Entgelterhöhung und der Erhöhung des Jahresurlaubsanspruchs auf 31 Tage bei einer Stunde weniger Wochenarbeitszeit wird die Hürde für die anstehenden Tarifaufinandersetzungen doch schon sehr hochgelegt. Es ist aber nicht zu vermitteln, wenn im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik gravierende Unterschiede in den Rahmenbedingungen wie Vergütung oder Arbeitszeit der Beschäftigten vorherrschen.

Immer bevor es an die Vorbereitung von Tarifverhandlungen geht, ist es sinnvoll und zweckmäßig, neben einer zu fällenden Strategieentscheidung (fordere ich realistisch oder überhöht, um im Endeffekt mehr auszuhandeln) auch die aktuellen und vergangenen gesellschaftlichen Entwicklungen zu berücksichtigen.

Aktuell spielen die angespannten Haushaltssituationen aller öffentlichen Kassen eine dominierende mediale Rolle. Fest steht weiterhin: Die Infrastruktur Deutschlands ist der einer der führenden Wirtschaftsnationen unwürdig. Die Staatsverwaltung ist weit weg von Effizienz und Moderne. Das Durchsetzen von Recht und Ordnung ist aufgrund verfehlter Investitions- und Personalpolitik auf

ein Mindestmaß beschränkt. Das liegt nicht an uns Beschäftigten, sondern an den Auswirkungen der Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte. Digitalisierung: verschlafen! Keine wirkliche, an den Aufgaben ausgerichtete Personalausstattung. Aufgrund mangelnder Kapazitäten in den Verfolgungsbehörden können zum Beispiel die großen und kleinen Steuersünder nicht erfasst und überführt werden, Schwarzarbeit nicht flächendeckend effektiv bekämpft werden. Zu viele Schlupflöcher für Großverdiener lassen Ausnahmen in der Finanzierung des Staates zu. Das ist konsequent an der falschen Stelle gespart. Aber wir betreiben dennoch in Milliardenhöhe Wirtschaftssubventionen und -förderung.

Das Land Sachsen ist jetzt nach Jahren wieder in 2013 angekommen. Der damals angestrebte Personalabbau in der Landesverwaltung findet dieses Jahr seine Renaissance. Auch wenn beteuert wird, nicht die gleichen Fehler wie damals begehen zu wollen, bleibt das Ziel dasselbe. Weniger Beschäftigte, die den Staat möglich machen und erhalten.

Wir sind als Freistaat wieder der Versuchung erlegen, Staat nach Kassenlage zu zelebrieren.

Ressortweit geht man auf die Suche nach Aufgaben, die nicht mehr erfüllt

werden sollen. Die Regierenden vergessen dabei, dass viele Aufgaben Vorgaben und Gesetzen entspringen, die sie selbst in demokratischer Abstimmung der Staatsverwaltung aufgelastet haben. 2015 zeigte die Flüchtlingskrise die entstandenen Defizite in der Daseinsvorsorge auf und 2018 die Energiekrise weitere Versäumnisse. Die Last der Bewältigung dieser Herausforderungen oblag allein dem schon knappen Personalbestand im öffentlichen Dienst. Ich befürchte, es bedarf einer neuen Krise, um die Notwendigkeit eines funktionierenden Staates nochmals zu verdeutlichen. Die Halbwertszeit eines Erkenntnisgewinns schwindet zunehmend. Ist das schon vorsätzliche Ignoranz?

Warum erwähne ich das? Diese Entwicklungen zeigen in der Konsequenz die steigenden Arbeitsbelastungen unserer Kollegen. Diese Steigerung muss sich auch in der Lohntüte bemerkbar machen. Es wird nicht weniger Aufgaben geben!

Seit dem letzten Tarifaabschluss vom 9. Dezember 2023 hat sich im Land und für uns, die Beschäftigten der Länder, einiges verändert.

Zum Januar 2025 teilte zum Beispiel eine große Krankenkasse mit, dass der Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung von 1,8 auf 3,1 Prozent steigen müsse, da die da-



Wissenswertes am Rande:

Zum 1. April 2025 stiegen die Diäten der 120 Abgeordneten des Sächsischen Landtags. Die monatliche Grundentschädigung wurde um 361 Euro angehoben auf dann 7.315 Euro brutto. Die steuerfreie Aufwandsentschädigung wurde ebenfalls erhöht.

malige Bundesregierung „die gesetzlichen Rahmenbedingungen“ geändert hätte.

Am 1. Juli 2023 stieg schon der allgemeine Beitragssatz zur Pflegeversicherung von 3,05 Prozent auf 3,4 Prozent, um ebenfalls zum 1. Januar 2025 noch einmal um 0,2 Prozent auf 3,6 Prozent erhöht zu werden. Das mag nachvollziehbar sein, schmälert aber das individuell zur Verfügung stehende Einkommen jedes Einzelnen. Die Inflation lag nach Informationen des Statistischen Bundesamtes von 2023 zu 2024 weiter bei 2,2 Prozent. Von 2024 zu 2025 erwarten die EZB und das ifo-Institut einen weiteren Inflationswert von ebenfalls 2,2 Prozent. Somit wird nachgewiesenermaßen alles teurer. Aufgrund der angespannten Kommunalfinanzen werden einige von uns darüber hinaus mit Erhöhungen der Kitabeträge, Müllgebühren usw. konfrontiert.

Auf Bundesebene wurden mit der Neuwahl der Bundesregierung und dem daraus erfolgten Strategiewechsel in der Innen- und Sicherheitspolitik noch weitere auf uns alle zukommenden Belastungen am Horizont sichtbar. Der Knackpunkt des Scheiterns der alten Ampelregierung, die Haushaltsaufstellung, wurde kurzerhand mit der Neuverschuldung, genannt Sondervermögen, egalisiert. Dazu waren die damaligen Oppositionsparteien ohne Regierungsverantwortung vor der Neuwahl nicht bereit. Sondervermögen für

die Bundeswehr, Sondervermögen für die Infrastruktur, Sondervermögen für alles, was in den Jahrzehnten zuvor vernachlässigt wurde.

Es ist aus meiner Sicht richtig, in unser Land zu investieren. Es ist richtig, unseren Kindern nicht nur eine schwarze Null in finanzieller Hinsicht zu hinterlassen. Sie sollen auch infrastrukturell ein funktionierendes Deutschland erben, sowohl in öffentlichen Gebäuden, Straßen, Brücken als auch in funktionierenden Strukturen wie Lehre, Verwaltung, Medizin und Verteidigung.

Wer aber kurz nach der Wahl aufmerksam den Medien gefolgt ist, hat schon andeutungsweise die Kehrseite der Medaille wahrnehmen können. Dieses nun allseits gepriesene und von vielen erwartete (negative) Sondervermögen wird jemand bezahlen müssen. Für einen kurzen Zeitraum wagten sich einige aus der Deckung und brachten einen „erneuten Solibetrag“ ins Spiel. Ich bin überzeugt, der kommt früher oder später und den bezahlt die breite Masse an Arbeitenden – also wir.

Zeitgleich sind wieder die „Wirtschaftsweisen“ unterwegs, den Acker für das Verständnis einer Lebensarbeitszeitverlängerung zu bereiten. Am besten arbeiten wir bis zum Tod. Damit könnte man die Rentenkasse entlasten, da die Babyboomer, die Wurzel allen Übels, plötzlich und unerwartet in Rente gehen. Wie wurde eigent-

lich mit den Einzahlungen dieser Masse an Humankapital umgegangen? Wir als GdP weisen schon seit Längerem darauf hin, dass ein Großteil unserer Beschäftigten von Altersarmut betroffen sein wird. Das betrifft Beschäftigte bis ca. Entgeltgruppe 8, auch wenn sie 45 Arbeitsjahre erbracht haben. Da ist gegenzusteuern!

Wir müssen uns alle nichts vormachen: Alle diese dargelegten Rahmenbedingungen werden dazu führen, dass jemand die Zeche zahlen muss.

In Vorbereitung der Tarifverhandlung haben wir als Bundestarifkommission eine bundesweit einheitliche Befragung unserer Mitgliedschaft durchgeführt. Wir wollten unter anderem wissen, welche Forderungen von euch gewollt sind. Wie hoch die finanzielle Erhöhung erwartet wird und inwieweit Arbeitszeitregelungen eine Rolle spielen sollen. Aber wir fragten auch, ob die Bereitschaft besteht, sich an Aktionen zu beteiligen.

Die Auswertung dieser Befragung stand zum Redaktionsschluss leider noch nicht fest. Wir werden euch zu einem späteren Zeitpunkt informieren.

Fest steht, zur Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen bedarf es wieder großer Anstrengungen. Es werden harte Verhandlungen und wir werden dafür einiges tun müssen.

Termine der Tarifverhandlungen:

Verkündung der Forderungen: **17. November 2025, Berlin**

- 1. Verhandlungsrunde: **3. Dezember 2025, Berlin**
- 2. Verhandlungsrunde: **15./16. Januar 2026, Potsdam**
- 3. Verhandlungsrunde: **11./12. Februar 2026, Potsdam**

Unterstützt uns im Tarifkampf! – Für uns wird es kein Sondervermögen geben! ■



DP – Deutsche Polizei
Sachsen

Geschäftsstelle
Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-13
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
service@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Mike Pfützner (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68713
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de

Redaktionsschluss

Bitte beachten: Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen war für die Ausgabe **November** der 22. September 2025, ist für **Dezember 2025** der 27. Oktober 2025 und für **Januar 2026** der 17. November 2025.

Hinweise: Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung, den Zeitpunkt der Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel/Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. **Die Redaktion**

Tag der Sachsen in Sebnitz und die GdP-Einsatzbetreuung mittendrin

Bettina Ruffani, GdP BG Dresden

Vom 5. bis 7. September 2025 verwandelte sich Sebnitz in ein Zentrum der Begegnung und des Miteinanders: Der „Tag der Sachsen“ lockte Tausende Besucherinnen und Besucher in die Stadt – mittendrin die Bezirksgruppe Dresden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die mit einem engagierten Team vor Ort war. Direkt am Polizeirevier Sebnitz, gleich gegenüber der Kirche, richteten wir unseren festen Betreuungspunkt ein. Dort konnten sich die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen an allen drei Tagen mit heißem Kaffee, Energydrinks, Würstchen mit Kartoffelsalat, Joghurt mit frischem Obstsalat, Obst und Süßem stärken. Unser Angebot wurde mit großer Dankbarkeit angenommen – nicht nur von den sächsischen Kräften, sondern auch von unseren tschechischen Kolleginnen und Kollegen, die ebenfalls vorbeischauten. Besonders gefragt waren unsere Werbemittel, die nicht nur für Gesprächsstoff sorgten, sondern auch viele wertschätzende Worte mit sich brachten: „Danke, dass ihr das macht“, „Danke, dass ihr da seid“ oder einfach nur „DANKE“ – Sätze, die unsere Helferinnen und Helfer täglich hörten und die zeigen, wie wichtig solche Angebote sind.

Viele zeigten sich überrascht, dass der Versorgungsstand ausschließlich in der Freizeit betreut wurde – ohne Dienstzeit. Denn Gewerkschaftsarbeit ist Ehrenamt – ein WICHTIGES!

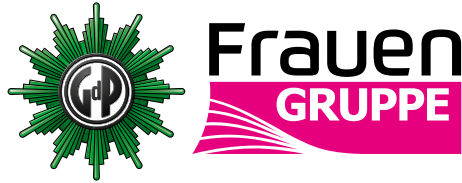


GES! Und obwohl man seine freie Zeit „opfert“, bekommt man dafür etwas sehr Wertvolles zurück: echte Anerkennung und das Gefühl, gebraucht zu werden. Auch auf der Blaulichtmeile war die GdP präsent – mit einem Öffentlichkeitsstand, an dem Werbemittel und Infomaterial zur Gewerkschaft verteilt wurden. Am Samstag wurde es besonders lebendig: Kinder und Erwachsene warfen Bälle, drehten für einen Euro am Glücksrad und durften sich anschließend eine Kleinigkeit aussuchen – ob Gummibärchen, Bleistift oder Schlüsselanhänger. Der Andrang war so groß, dass wir die Einsatzbetreuung vorzeitig beendeten, um auf der Blaulichtmeile auszuhelfen. Leider fehlten freiwillige Helferinnen und Helfer, sodass zwei Kolleginnen

und Kollegen an allen drei Tagen jeweils über zehn Stunden im „Einsatz“ waren.

Für kommende Veranstaltungen wünschen wir uns mehr Unterstützung, damit die Belastung gerechter verteilt werden kann. Jede helfende Hand zählt – und jede Minute Einsatz wird mit echtem Dank belohnt. Ein herzliches Dankeschön geht an alle, die mitgewirkt haben. Unser Landespolizeipräsident Jörg Kubiessa, unser Polizeipräsident der PD Dresden, Lutz Rodig, und der Revierleiter von Sebnitz, Uwe Lottermoser, haben sich persönlich bei der GdP bedankt – eine Geste, die zeigt, wie viel Wertschätzung unserer Arbeit entgegengebracht wird. Und genau das ist es, was bleibt: das Gefühl, gemeinsam etwas bewegt zu haben. ■





Solidaritätsnote der Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu Gleichstellung – #unverhandelbar

Carmen Kliem, Vorsitzende der Frauengruppe der GdP

Wir, die Mitglieder der Frauengruppe der GdP und die Gleichstellungsbeauftragten der sächsischen Polizei, unterstützen ausdrücklich die Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Sachsens „Gleichstellung – unverhandelbar“.

Wir stehen zu dem Motto des LAG: Hände weg von den Gleichstellungsbeauftragten!

Alarmiert durch einen aktuellen Gesetzesvorschlag des Sächsischen Staatsministeriums des Innern (SMI), wonach die gesetzliche Pflicht zur Bestellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter gestrichen

werden soll, schätzen und unterstützen wir das Engagement des Bündnisses für Gleichstellung.

Gleichstellung ist keine übergebührende Forderung, sondern es geht um die Verwirklichung der im Grundgesetz fest verbürgte Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie um Chancengerechtigkeit, die Unterschiedlichkeit und Vielfalt sowie soziale Pflichten anerkennt.

Wenn Gleichstellung zur „freiwilligen Aufgabe“ wird, ist zu befürchten, dass sie auch nicht mehr der Maßstab, der Standard für unser Handeln wird. Gerade schwä-

chere, gesundheitlich eingeschränkte oder durch Sorgeaufgaben mehrfach belastete Personen geraten schnell ins Hintertreffen.

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte engagieren sich u. a. für Gewaltprävention und Beratung Betroffener, für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum, faire Zugänge zum Arbeitsmarkt, geschlechtergerechte Stadt- und Regionalplanung und für Teilhabe von Frauen in der Politik.

Die Kette ist immer nur so stark, wie ihr schwächstes Glied. Wir müssen uns als Organisation daran messen lassen, wie wir Chancengerechtigkeit leben. Das gilt nicht nur für die Polizei, sondern für die gesamte Gesellschaft. ■

GdP-Frauengruppe bei der konstituierenden Sitzung des DGB-Frauenausschusses Leipzig

Carolin Gütschow, GdP-Frauengruppe

Am 16. September 2025 nahmen Susann Neuber und Carolin Gütschow für die GdP-Frauengruppe an der konstituierenden Sitzung des Frauenausschusses des DGB Leipzig im Haus des Buches teil.

Ein besonderer Programmpunkt war der Besuch der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft

e. V., die eindrucksvoll über ihre vielfältige Arbeit und ihre Projekte zur Stärkung der Frauenrechte berichtete.

Darüber hinaus stellte der DGB geplante Aktionen rund um den Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen sowie den Internationalen Frauentag vor.

Auch wir als GdP-Frauengruppe werden uns dort aktiv einbringen und mitgestalten.

Ein zentrales Thema der Sitzung war erneut die Forderung nach Bildungszeit in Sachsen. Derzeit gehören Sachsen und Bayern zu den einzigen Bundesländern, die ihren Beschäftigten keinen gesetzlichen Anspruch auf Bildungszeit gewähren. Dabei geht es nicht nur um klassische berufliche Weiterbildungen, sondern auch um politische, gesellschaftliche und ehrenamtliche Bildung – etwa für die wichtige Arbeit in Vereinen, Verbänden oder Sportstrukturen. All diese Bereiche sind für eine lebendi-



Fotos: GdP FG (2)

ge Demokratie und ein starkes Miteinander unverzichtbar. Gerade in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen ist es wichtig, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden, ohne dafür ihre Erholungszeit opfern zu müssen.

Die klare Botschaft der Sitzung: Hier braucht es dringend Bewegung – wir als GdP-Frauengruppe unterstützen diese Forderung ausdrücklich. ■





Neuer Kreisvorstand gewählt – Kontinuität und frischer Wind in Bad Lausick

Am 2. September 2025 um 17 Uhr versammelten sich die Mitglieder des Kreisvorstandes – sowohl altgediente als auch neue Gesichter – im Kinder- und Jugendring Landkreis Leipzig in Bad Lausick. Die Versammlungsräume in der Turnerstraße 1A boten den passenden Rahmen für eine Sitzung, die nicht nur organisatorisch bedeutend war, sondern auch ein Zeichen für gelebte Demokratie und gewerkschaftliches Engagement setzte.

Thomas Neumeier, GdP-BG Leipzig

Nach der Feststellung der Beschlussfähigkeit konnte der bisherige Vorstand offiziell entlastet werden. Im Anschluss erfolgte die Wahl des neuen Kreisvorstandes, die von einer konstruktiven und kollegialen Atmosphäre geprägt war.

Die Wahl brachte folgende Ergebnisse:

Funktion	Name	Gewerkschaft
Kreisvorsitzender	Thomas Neumeier	GdP
Stellvertreterin	Alexandra Büssow	GEW
Mitglied	Dieter Tschierschke	IG BAU
Mitglied	Axel Neujahr	IG Metall
Mitglied	Uwe Schuffenhauer	ver.di

Die Wahl wurde begleitet von Manuela Grimm, Regionsgeschäftsführerin Leipzig-Nordsachsen, sowie Daniel Knorr, Organisationssekretär. Ihre Anwesenheit unterstrich die Bedeutung der Veranstaltung und bot den Teilnehmenden wertvolle Impulse für die zukünftige Arbeit.

Mit der Wiederwahl von Thomas Neumeier als Kreisvorsitzender geht dieser nun in seine dritte Amtsperiode. Seine langjährige Erfahrung und sein Engagement für die Belange der Mitglieder machen ihn zu einer festen Größe im Kreisvorstand. Die Mischung aus Kontinuität und neuen Impulsen verspricht eine produktive Zusammenarbeit in den kommenden Jahren.

Der neu gewählte Vorstand steht vor wichtigen Aufgaben: die Stärkung der ge-

werkschaftlichen Präsenz im Landkreis, die Förderung von Mitbestimmung und die Vertretung der Interessen der Beschäftigten. Mit einem engagierten Team und klaren Zielen ist der Kreisvorstand gut aufgestellt, um diese Herausforderungen anzupacken. ■

„Voltaire

Ich mag verdammen, was du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst.

EINLADUNG ZUR SENIOREN-WEIHNACHTSFEIER DER BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

Weihnachtsfeier 2025

Die Weihnachtsfeier der Seniorengruppe der Bezirksgruppe Leipzig findet am

Mittwoch, 3. Dezember 2025, ab 15 Uhr
in der Gaststätte „Miltitzer Rosensäle“
Neue Leipziger Straße 59, 04205 Leipzig

statt.

Anmeldungen bitte bis 16. November 2025 unter:

Eckehard Goudschmidt (0163) 6860214, g.e.goudschmidt@gmx.de
Thomas Pfeffer: (0177) 7521856, PfefferThomas57@aol.com

Es freut sich auf euer Erscheinen der Seniorenvorstand der Bezirksgruppe Leipzig.



Fotos: GdP BG L (2)



Neu ..., Neu ..., Neueinstellung!

Alle Jahre wieder wirbt nicht nur die Polizei um neue Azubis und Studenten, auch die GdP möchte die neuen und jungen Leute für sich begeistern

Phillip Czirr, Junge Gruppe Sachsen

Wie viele andere Institutionen wirbt auch die sächsische Polizei jährlich um die Gunst junger Menschen. Der Sächsische Landtag bestätigte einen Einstellungskorridor von 325 Anwärtern und 150 Studenten, der dieses Jahr eingehalten wurde. Zwar reicht dies nicht aus, um die Pensionseintritte der geburtenstarken Jahrgänge auszugleichen, aber dazu später mehr.

Unsere Neuzugänge starteten mit zwei intensiven, informationsreichen Wochen in eine neue Arbeits- und Lebensrealität. Für einige war es die erste Ausbildung überhaupt. In dieser Zeit stellten sich auch die Berufsvertretungen vor – natürlich waren auch wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor Ort. Wir präsentierten unsere Arbeit, Werte und Ziele und freuten uns über viele interessierte Gespräche in den Lehrgruppen und am Stand. Besonders erfreulich: Einige hatten sich bereits vor Ausbildungsbeginn für eine Mitgliedschaft entschieden.

Unser Ziel war klar: Wir wollten zeigen, was wir können und welche Mitgestaltungsmöglichkeiten die GdP bietet. Es sollte deutlich werden, warum wir die größte Polizeigewerkschaft Deutschlands und weltweit sind. Mitglieder der Jungen Gruppe waren an allen Standorten vertreten und vermittelten einen authentischen Einblick in unsere Arbeit. Die Resonanz war stark – bereits am Vorstellungstag verzeichneten wir zahlreiche Eintritte.

Besonders beliebt war unsere Sport-Challenge: Wer Liegestütze oder Unterarmstütz absolvierte, konnte sich bis zu einem Jahr Beitragsfreiheit verdienen. In Schneeberg stellte eine Schülerin mit 100 Liegestützen

einen neuen Rekord auf. Auch beim Unter-



Fotos: GdP SN (6)

armstütz wurden Spitzenwerte erzielt – sieben Minuten! Beide dürfen sich über ein Jahr kostenfreie Mitgliedschaft freuen. Herzlichen Glückwunsch!

Ein weiteres Highlight war unsere Cocktailmaschine von Zapfox, mit der wir neben Kaffee, Tee und Kakao auch alkoholfreie Cocktails anbieten konnten – ein Alleinstellungsmerkmal, das begeisterte und künftig auf weiteren Veranstaltungen zum Einsatz kommen wird.

Insgesamt blicken wir zufrieden auf die Gewerkschaftstage zurück. Viele neue Kolleginnen und Kollegen entschieden sich für eine Mitgliedschaft – denn: Je mehr wir sind, desto stärker ist unsere Stimme. So können wir besser für die Belange aller Beschäftigten, Auszubildenden und Studenten der Polizei Sachsen und im Bund eintreten. Der politische Druck steigt, unsere Forderungen können nicht länger ignoriert werden.

Ein paar Fakten: Laut Statistischem Bundesamt gab es 2024 rund 300.000 vollzeitbeschäftigte Polizistinnen und Polizisten in Deutschland – davon knapp 60.600 beim Bund und rund 241.000 bei den Ländern. **Sachsen stellt davon über 11.500. Mit einer Quote von 284 Polizisten pro**

100.000 Einwohner liegt Sachsen im Mittelfeld. Doch die Altersstruktur zeigt: Jährlich gehen Hunderte Kolleg*innen in den Ruhestand – das Defizit wächst, der aktuelle Einstellungskorridor reicht nicht aus.

Gerade in politisch turbulenten Zeiten ist eine Gewerkschaftsmitgliedschaft wichtiger denn je. Die Aufgabenlast steigt, während der Freistaat weiter spart. Wir stellen uns entschieden dagegen und kämpfen für eine starke Polizei mit guter Ausstattung und fairem Personalbestand.

Zum Schluss: ein herzliches Dankeschön an alle Helferinnen und Helfer, die die Vorstellungstage ermöglicht und unsere Gewerkschaft engagiert vertreten haben. Danke für euren Einsatz, eure Freude und euren Teamgeist – denn wir sind nicht nur eine Gewerkschaft oder Polizei, sondern auch eine große Familie. ■



PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA



Herzlich willkommen im Team

So oder ähnlich wurdet ihr an den Standorten Leipzig, Chemnitz, Schneeberg und Bautzen begrüßt. Wir freuen uns, dass ihr zu uns gekommen seid.

Mit der Entscheidung für die Gewerkschaft der Polizei und dem Kreuz an der richtigen Stelle hast du automatisch eine beitragsfreie Anwartschaft bei der SIGNAL IDUNA erworben.

Dein Ansprechpartner vor Ort wird dir dazu eine Versicherungsbestätigung übergeben und dich zu den Möglichkeiten der Erweiterung der Anwartschaft und das Schließen der Heilfürsorgelücken gern beraten.

Die Pflegepflichtversicherung solltest du inzwischen auch schon abgeschlossen haben, getreu dem Motto:

Die private Pflegepflichtversicherung folgt der Anwartschaft.

Terminabgabe des Nachweises über eine Pflegepflichtversicherung für den

mittleren Dienst: 30. November 2025

gehobenen Dienst: 31. Dezember 2025

Weiter sollten auf eurer To-do-Liste die Absicherung einer polizeispezifischen Unfallversicherung und die Absicherung eurer Arbeitskraft in Form der Polizeivollzugsdienstunfähigkeit stehen. ■



Foto: PVAG/Signal Iduna (4)



Wichtig:
Die Vollzugsdienstunfähigkeitsklausel
Nur mit dieser Klausel erhältst du auch dann Leistungen, wenn du zwar noch allgemein dienstfähig bist aber nicht mehr im Vollzugsdienst arbeiten kannst.

Was heißt Dienstunfähigkeit?
Der Beamte oder die Beamtin kann aus Mangel an körperlichen oder geistigen Kräften seine Dienstpflichten nicht erfüllen. Das ist zum Beispiel bei einem Burnout der Fall.

Was heißt Polizei-dienstunfähigkeit?
Der Beamte oder die Beamtin erfüllt die besonderen gesundheitlichen Anforderungen für den Polizeivollzugsdienst nicht. Beispiele sind Hörverlust, Sehablenge oder auch dauerhafte Schädigung des Abzuges.

Dienstunfähigkeitsversicherung
• Du vereinbarst eine monatliche Rente von bis zu 3.000 Euro.
• Bei Dienstunfähigkeit wird diese garantiert gezahlt.
• Während du Rente bekommst, zahlt du keine Beiträge.
• Besonders günstige Konditionen für GdP-Mitglieder.

kurz & knapp

To-Do's für dich zum Thema Dienstunfähigkeit
• ☐ RENTE Dienstunfähigkeitsversicherung abschließen
• ☐ Polizei-Vollzugsdienstunfähigkeitsklausel abschließen
• ☐ Du vorhanden? Prüfe, ob sie dich auch bei Dienst- und Polizei-Dienstunfähigkeit schützt
• ☐ Unfallversicherung abschließen

To-Do's für dich Das MUSS
• ☐ Pflegepflichtversicherung abschließen
• ☐ Heilfürsorge Anwartschaft abschließen
• ☐ Heilfürsorge beitragsfreie Anwartschaft abschließen

To-Do's für dich Das SOLL
• ☐ Heilfürsorge Zusatzversicherung abschließen
• ☐ Heilfürsorge beitragsfreie Anwartschaft abschließen
• ☐ Dienstunfähigkeitsversicherung abschließen UND
• ☐ Polizei-Vollzugsdienstunfähigkeitsklausel abschließen
• ☐ Du vorhanden? Prüfe, ob sie dich auch bei Dienst- und Polizei-Dienstunfähigkeit schützt
• ☐ Unfallversicherung abschließen

Einladung

Liebe Seniorinnen liebe Senioren

Ich möchte Euch hiermit ganz herzlich zu unserer GdP Weihnachtsfeier einladen.

Gemeinsame Weihnachtsfeier der alten PD Freiberg
Am 05.12.2025 ab 15.00 Uhr, in Augustsburg,
Waldstraße 23 in 09573 Augustsburg

Wir beginnen mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken, umrahmt von weihnachtlicher Musik und lassen den Abend mit einem Abendessen a la carte ausklingen. Alle Kosten außer dem Abendbrot und Getränke übernimmt die GdP.

Es gibt 2 Kulturprogramme für beide übernimmt die GdP die Kosten

Bitte meldet Eure Teilnahme bis zum 15.11.2025

an Andreas Lindner, GdP-Phone: 015208821574.

Wir freuen uns über Eure Teilnahme und wünschen uns ein paar schöne gemeinsame Stunden.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Lindner
GdP Bezirksgruppe Chemnitz

Freiberg, den 29.09.2025



INFO-DREI

Erscheinungsbild der Polizei in ...

... Sachsen-Anhalt

Zum äußeren Erscheinungsbild der Polizei gelten klare, wenn auch nicht unumstrittene Vorgaben. Erforderlich für die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben ist der Einklang zwischen einem wertneutralen persönlichen Erscheinungsbild und dem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Danach sind Tätowierungen im Polizeivollzugsdienst als Körperschmuck erlaubt, sofern deren Motive keinen Anlass zu Zweifeln an der Einhaltung dieses Grundsatzes geben. Untersagt sind Tattoos oberhalb der Hemdkragenlinie und im Handbereich jenseits der Manschettenlinie. Sichtbarer Körperschmuck ist entweder durch Uniformteile mit langen Ärmeln, zivile Kleidungsstücke mit langen Ärmeln oder in anderer geeigneter Weise in hautähnlichem Farbton abzudecken; dies gilt nicht für die Dauer der Durchführung des Dienstsports. Auch bei anderem Körperschmuck, Schmuckaccessoires und Gewebedehnungen ist die Devise Zurückhaltung – eine dem Zweck der Uniformität des Polizeivollzugsdienstes widersprechende Individualität sowie eine Eigen- und Fremdgefährdung dürfen daraus nicht hervorgehen. Aufgrund einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung aus dem Jahr 2016 werden die vormals durch eine Verwaltungsvorschrift erlassenen Anforderungen an das persönliche Erscheinungsbild durch eine Verordnung vom 8. November 2019 geregelt. Das Spannungsfeld zwischen gelebter Individualität wie Tattoos oder anderem Körperschmuck, der heute insbesondere bei jüngeren Menschen längst zum Alltag gehört, und einer angemessenen Repräsentation der Polizei ist vor dem Hintergrund sich verändernder gesellschaftlicher Ansichten und einer zunehmenden Akzeptanz individualistischer Merkmale in der Bevölkerung jeweils neu auszuloten und ggf. anzupassen. Wir fordern: klare Grenzen gegen jede Art von Extremismus, aber Offenheit gegenüber der gelebten Vielfalt. Einheitlich auftreten – ja. Uniformiert im Denken – nein!

Angela Bauske

... Thüringen

In Thüringen regelt die Anlage 5 der Dienstkleidungsvorschrift der Thüringer Polizei (DKVThürPol) das Erscheinungsbild der Polizeivollzugsbeamten. Es werden hierbei Ausführungen zu sogenannten Körpermodifikationen wie Tätowierungen, Körperbemalungen, Brandings, Skarifizierungen, Implants und dergleichen getätigt, die nach Überzeugung des Autors nicht mehr zeitgemäß sind.

Währenddessen verfassungsfeindlichen Inhalten dieser Körpermodifikationen in keiner Weise Raum zu bieten ist, sollte sich eine gesellschaftsangepasste Öffnung für Körperschmuck auch in den Maßstäben des Dienstherrn über das polizeiliche Erscheinungsbild seiner Bediensteten wiederfinden.

Körperschmuck ist weitverbreitet, und bereits jetzt besteht, auch angesichts gewachsenen Selbstbewusstseins von potenziellen Bediensteten, das Problem, dass eine restriktive Anwendung dem Personalgewinnungs- und Haltungsinteresse des Dienstherrn entgegensteht. Die bisher erlassenen Regularien wuchsen im Kontext tradierter gesellschaftlicher Wertennormen seit der Wiedervereinigung. Jedoch haben insbesondere Tätowierungen den Bereich der Subkulturen verlassen und sind in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen, was mittlerweile auch Gerichte anerkennen. Die stringenten Regelungen der DKVThürPol zu sichtbaren Tätowierungen sind nicht nur rechtlich kritisch zu betrachten, sondern erscheinen vor den gesellschaftlich gewandelten Einstellungen zu Tätowierungen antiquiert und nicht kongruent mit der gelebten Praxis. Tätowierungen bzw. Körpermodifikationen sollten daher grundsätzlich zugelassen werden, sofern sie sich nicht an exponierten Stellen (Kopf, Gesicht, Hals oder Hände) befinden und nicht als verboten, rassistisch, sexistisch, gewaltverherrlichend, extremistisch, entwürdigend oder diskriminierend angesehen werden könnten.

Marko Dähne

... Sachsen

Die Polizei Sachsen prüft derzeit, wie zeitgemäß ihre Vorgaben zum äußeren Erscheinungsbild von Polizeibeamtinnen und -beamten sind – insbesondere im Hinblick auf Tätowierungen und Körperschmuck. Eine „AG Erscheinungsbild“ überarbeitet seit Längerem die geltende Verwaltungsvorschrift (VwV). Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Vorschriften an die Realität im Dienstalltag anzupassen. Gerade jüngere Menschen, die für den Polizeiberuf besonders relevant sind, bringen vermehrt Tätowierungen mit. Diese sind gesellschaftlich längst akzeptiert. Nach anfänglicher Zurückhaltung hat sich die AG erneut mit Nachdruck eingebracht und ihre Argumente gebündelt vorgelegt.

In der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen ist bereits jede vierte Person tätowiert, fast die Hälfte schließt weitere Tattoos nicht aus – Tendenz steigend. Für die Polizei bedeutet das: Wer als Arbeitgeber attraktiv bleiben will, muss diesen Wandel berücksichtigen. Eine zu restriktive Haltung birgt die Gefahr, dass sich Bewerberinnen und Bewerber für Bundesländer mit liberaleren Regelungen entscheiden, in denen sichtbare Tattoos erlaubt sind – sofern sie keine diskriminierenden oder extremistischen Inhalte zeigen. Die AG betont, dass sichtbare Tätowierungen weder die Qualität der Polizeiarbeit beeinträchtigen noch die Autorität der Beamtinnen und Beamten mindern. Im Gegenteil: Individualität kann Vertrauen schaffen und die Distanz zum Gegenüber verringern.

Körperschmuck hingegen wird aus Gründen der Eigensicherung kritisch betrachtet. Auch praktische Aspekte spielen eine Rolle: Lange Uniformärmel im Sommer, nur um Tattoos zu verdecken, bedeuten eine zusätzliche Belastung. Angesichts steigender Temperaturen und des fordernden Dienstes verweist die AG auf die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Das Ziel bleibt eine Anpassung der VwV, die Neutralität, Professionalität und gesellschaftliche Akzeptanz miteinander vereint.

DP Sachsen